



# #dieschmidt

der newsletter

20.12.2019

**Liebe Genossinnen und Genossen,  
liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger,**

heute endet die letzte Sitzungswoche des Jahres 2019. Hinter uns liegen arbeitsreiche, aufregende und erfolgreiche politische Wochen und Monate. Wir haben in diesem Jahr viel erreicht. Zum 01. Januar 2020 treten viele Gesetze in Kraft, mit denen wir Stück für Stück das Leben erleichtern: Von der **Wohngeldreform** ([mehr dazu hier](#)) profitieren insgesamt rund 660.000 Haushalte in Deutschland. Mit dem Wohngeld unterstützen wir diejenigen, die sich Wohnkosten nicht aus eigener Kraft leisten können. Mit dem **Familientlastungsgesetz** ([mehr dazu hier](#)) haben wir bereits zum Sommer 2019 den Kinderfreibetrag und den Grundfreibetrag erhöht – beides steigt zum 01. Januar weiter an: der Kinderfreibetrag um 192 Euro auf 7.812 Euro und der Grundfreibetrag um 240 Euro auf 9.408 Euro. Damit passen wir Kinderfreibetrag und Grundfreibetrag an die Kindergelderhöhung aus dem Sommer 2019 an. Ab März 2020 (rückwirkend ab Januar 2020) werden auch Betriebsrentnerinnen und Betriebsrentner entlastet ([mehr dazu hier](#)): bei mindestens **60% der Betriebsrenten** reduziert sich der Beitragsatz um die Hälfte. Davon profitieren vor allem Menschen mit kleinen Betriebsrenten.

In vielen Branchen herrscht Fachkräftemangel. Zum Teil, weil sich junge Menschen gegen eine Ausbildung entscheiden. Weil gut ausgebildete Fachkräfte das Rückgrat unserer Wirtschaft sind, muss schon während der Ausbildung klar sein: Das was Du tust, hat einen Wert. Deswegen haben wir zum 01. Januar 2020 einen **Mindestlohn für Azubis** eingeführt ([mehr dazu hier](#)). Für uns Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten ist wichtig, dass wir vor Ort nach Fachkräften suchen, bevor wir mit großem Aufwand ausländische Fachkräfte anwerben. Für den Fall, dass es vor Ort aber keine qualifizierten Fachkräfte gibt, tritt zum 01. März 2020 das Fachkräfteeinwanderungsgesetz ([mehr dazu hier](#)) in Kraft.

Auch in der Partei haben wir in diesem Jahr wichtige Weichen gestellt: Mit der Verabschiedung unseres **Sozialstaatskonzeptes** auf dem Bundesparteitag in Berlin, haben wir Hartz IV den Rücken gekehrt. Dieses Sozialstaatskonzept ([mehr dazu hier](#)) ist das Herzstück der neuen Sozialpolitik der SPD. Deren Grundsätze sind Solidarität, Zusammenhalt, Menschlichkeit. Mehr Chancen, mehr Sicherheit und mehr Gerechtigkeit mit einem Sozialstaat als verlässlichen Partner. Das steht für uns als SPD im Mittelpunkt.

Ich freue mich auf das bevorstehende politische Jahr. Wir haben einiges vor. Und das ist gut so. Zunächst aber wünsche ich Dir und Deiner Familie ein schönes Weihnachtsfest und einen guten Start ins neue Jahr.

Mit solidarischen Grüßen

Dagmar Schmidt, MdB



*“Und dann muss man ja auch Zeit haben, einfach dazusitzen und vor sich hinzuschauen.” Astrid Lindgren*

## Stahlindustrie



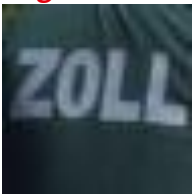
Die Stahlindustrie in Europa steckt in einer Krise, das spüren wir auch hier vor Ort – nicht zuletzt die neuesten Berichte über den geplanten Stellenabbau bei Buderus Edelstahl haben das gezeigt. Gemeinsam mit den SPD-Bundestagsabgeordneten aus den stärksten Stahlstandorten in Deutschland habe ich bereits im November eine Resolution ([hier als PDF](#)) zum Erhalt und zur Stärkung unserer Stahlindustrie unterschrieben. Auch der Bundesparteitag in Berlin hat sich mit dem Thema befasst und einen entsprechenden Beschluss ([hier als PDF](#)) gefasst. Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten sind überzeugt: die Stahlstandorte haben eine Zukunft, wenn Unternehmen, Politik und Beschäftigte zum Erhalt der Standorte und der damit verbundenen Arbeitsplätze zusammenarbeiten. Nur wer soziale Gerechtigkeit, ökonomische Vernunft und nachhaltiges Wirtschaften zusammenbringt, kann in Zukunft Erfolg haben. Wir sind bereit, die Betriebe zu unterstützen, Forschung voranzutreiben und notwendige Investitionen zu tätigen. Wir erwarten aber auch, dass sich die Unternehmen zum Stahlstandort bekennen: Sie müssen sich ihrer Verantwortung gegenüber der Belegschaft bewusst werden und mit den Betriebsräten zusammenarbeiten. [...mehr dazu in meiner Pressemitteilung](#)

## Sozial gerechter Klimaschutz



Wir konnten im Vermittlungsausschuss von Bund und Ländern diese Woche ein gutes Ergebnis für sozial gerechten Klimaschutz erreichen. Mit den Beschlüssen von Bundestag und Bundesrat gestern und heute ist klar: Ab 01. Januar sinken die Preise für Bahntickets im Fernverkehr. Das macht Bahnfahrten attraktiver, z.B. gegenüber Inlandsflügen. Für uns ist klar: Preissenkungen alleine bringen nichts, wenn Bus oder Bahn nicht fahren – das gilt besonders im ländlichen Raum. Deshalb investieren wir nachhaltig in unsere Infrastruktur und den Ausbau des öffentlichen Personenverkehrs. [...weiterlesen](#)

## Organisierte Kriminalität besser bekämpfen



Um Organisierte Kriminalität besser zu bekämpfen, stärken wir die Arbeit des Zolls – für eine moderne Gefahrenabwehr. Dabei haben wir sowohl den Schutz persönlicher Daten in den Fokus genommen als auch auf die Erfahrungen der Zollfachkräfte vor Ort gehört. Die Fahndungsarbeit des Zolls wird wegen neuer und komplexer Erscheinungsformen etwa in der Schmuggel- oder Außenwirtschaftskriminalität immer aufwändiger. Deshalb erhalten Zöllnerinnen und Zöllner neue Befugnisse für ihre Ermittlungsarbeit. Zukünftig wird es auch dem Zoll erlaubt sein, verdeckte Ermittlerinnen und Ermittler einzusetzen oder ausgewählte Kommunikation zu überwachen. Gleichzeitig stärken wir die Rechte von Betroffenen solcher Eingriffsmaßnahmen. Mit dem neuen Regelkatalog stärken wir den Zoll, ohne wesentliche Prinzipien der Verhältnismäßigkeit außer Acht zu lassen.

## Kassenbonnpflicht gegen Steuerbetrug



Seit einigen Tagen ist die vor drei Jahren beschlossene Bonnpflicht starker öffentlicher Kritik ausgesetzt. Sogar Bundeswirtschaftsminister Peter Altmeier ist auf den Zug der Kritikerinnen und Kritiker aufgesprungen. Dabei hat er wohl vergessen, warum er ebenfalls für die Kassenbonnpflicht verantwortlich ist: sie dient dazu, dem existierenden Steuerbetrug in Höhe von 10 Milliarden Euro jährlich einen Riegel vorzuschieben. Deshalb haben wir im Dezember 2016 gemeinsam ein entsprechendes Gesetz beschlossen. Wichtig ist: die Erstellung des Belegs kann auch in elektronischer Form erfolgen. Obwohl die Neuregelung seit 2016 bekannt ist und am 01. Januar 2020 in Kraft treten wird, war die Industrie bislang nicht in der Lage oder willens, manipulationssichere Kassen zu entwickeln, die auch ohne Ausdruck des Kassenbons Betrug unterbinden. Deswegen gibt es eine Übergangsfrist bis Oktober 2020: bis dahin hat der Handel Zeit, Lösungen zu finden.

## Kurzzeitpflege



Wer nach einer stationären Behandlung oder als Überbrückung einer kurzfristigen Krisensituation in der häuslichen Pflege, Unterstützung braucht, ist auf Kurzzeitpflege angewiesen. Sie ist nicht nur für die Betroffenen wichtig, sondern entlastet auch die Angehörigen. Deshalb haben wir in einem gemeinsamen Antrag von SPD und CDU/CSU die Bundesregierung aufgefordert, die Kurzzeitpflege zu stärken. Länder, Kommunen, Pflegeeinrichtungen und Pflegekassen sollen ihrem gesetzlichen Auftrag nachkommen und gemeinsam die notwendigen pflegerischen Versorgungsstrukturen ausbauen und nachhaltig zu gewährleisten - insbesondere auch mit Blick auf die Kurzzeitpflege. Außerdem sollen Familien einen Rechtsanspruch darauf erhalten, ihre Angehörigen für einige Wochen professionell betreuen zu lassen.